

"Sechs europäische Nationen befassen sich mit dem Schuman-Plan" in Le Figaro (20. Juni 1950)

Legende: Anlässlich der Aufnahme der Verhandlungen über den Schuman-Plan untersucht die französische Tageszeitung Le Figaro am 20. Juni 1950 die politische und wirtschaftliche Tragweite des französischen Plans und kommentiert die Argumente der Gegner einer europäischen Kohle- und Stahlgemeinschaft.

Quelle: Le Figaro. dir. de publ. BRISSON, Pierre. 20.06.1950, n° 1797; 124e année. Paris: Le Figaro. "Six nations de l'Europe abordent l'examen du plan Schuman", auteur:Massip, Roger , p. 1; 3.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/sechs_europaische_nationen_befassen_sich_mit_dem_schuman_plan_in_le_figaro_20_juni_1950-de-5df3467f-ob90-4976-b91e-78fb55726709.html



Publication date: 06/07/2016

Heute Nachmittag im Außenministerium am Quai d'Orsay

Sechs europäische Nationen befassen sich mit dem Schuman-Plan

Die Delegierten der sechs Mächte, die einer Zusammenlegung der europäischen Industrieressourcen grundsätzlich zugestimmt haben, kommen heute im Außenministerium am Quai d'Orsay zusammen.

Fassen wir kurz die Vorgeschichte dieser Konferenz zusammen:

Am 9. Mai teilte Robert Schuman der Presse mit, dass die französische Regierung die Absicht habe, mit Deutschland einen „Pool“ für Kohle und Stahl zu gründen. Frankreich forderte in seiner Erklärung die anderen europäischen Staaten ausdrücklich dazu auf, sich dieser Union anzuschließen, die von einer internationalen Aufsichtsbehörde geleitet werden würde.

Westdeutschland, Italien und die drei Beneluxländer haben den Vorschlag Frankreichs wohlwollend aufgenommen. Großbritannien stimmte ihm zwar grundsätzlich zu, äußerte jedoch ernsthafte Bedenken, als es sich den interessierten Staaten in einer gemeinsamen Erklärung anschließen sollte. Denn diese Staaten würden mit der Erklärung ihrer Absicht Ausdruck verleihen, eine neue Behörde einzurichten, deren Entscheidungen für die Mitgliedsstaaten bindend wären.

Da es London widerstrebt, sich in einer Unternehmung zu verpflichten, die die partielle Aufgabe seiner Souveränität beinhalten würde, blieb Großbritannien im Verlauf der Verhandlungen, die sich bis zum 3. Juni hinzogen, weiterhin zurückhaltend. Man kam trotzdem überein, dass das *Foreign Office* über den Weitergang der Verhandlungen auf dem Laufenden gehalten werden würde. Es bestand und besteht weiterhin Hoffnung, dass Großbritannien sich den Bemühungen anschließen wird, die in Europa ab dem heutigen Tag eine entscheidende Etappe auf dem Weg zur Vereinigung des alten Kontinents einläuten sollen.

Montanunion und Kartell

Die Gegner des Schuman-Monnet-Plans sprechen von einem „Kartell“. Es kann allerdings nicht die geringste Verwechslung zwischen der europäischen Montanunion und den Kartellen der Vorkriegszeit geben. Die Unterschiede zwischen den beiden Institutionen sind offenkundig. Man wird sich näher damit befassen müssen, wenn man die gesamte Bedeutung des am 9. Mai von Frankreich unterbreiteten Plans ermessen will.

Das Ziel der Kartelle ist es immer gewesen, hohe Profitmargen zu halten und den Status quo zu schützen. Das Ziel des Schuman-Monnet-Plans ist es, sowohl die Produktion als auch die Produktivität durch eine Verbesserung der Methoden, die Rationalisierung der Produktion und die Erweiterung der Märkte zu verbessern.

Kartelle wurden aus leicht verständlichen Gründen immer aufgrund geheimer Abmachungen gegründet. Die von der französischen Regierung geplante Organisation wird in aller Öffentlichkeit gegründet werden und unter ständiger Kontrolle der Öffentlichkeit stehen. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass Robert Schuman in seiner Erklärung vom 9. Mai hervorhob, dass ein Beobachter der Vereinten Nationen aufgefordert werden würde, die Arbeit der Montanunion zu überwachen; des Weiteren werde er den Auftrag erhalten, regelmäßig einen Bericht über die Tätigkeiten und die erzielten Ergebnisse zu verfassen.

Das Kartell handelt durch Festlegung der Preise, Vergabe von Produktionsquoten, die Aufteilung der Märkte, d. h. durch das Ausschalten des Wettbewerbs, um die Absatzmärkte durch die beteiligten Parteien bewirtschaften zu lassen. Die neue Organisation wird mit Verteilungs- und Ausgleichsmechanismen arbeiten, zumindest vorübergehend, um schrittweise und reibungslos die notwendigen Anpassungen vorzunehmen.

Kartelle sind ausschließlich privatwirtschaftlicher und berufsständischer Natur und bleiben den

Unternehmern vorbehalten, während die geplante Organisation die Verantwortung für zwei Industrien tragen wird, die aufgrund ihrer grundlegenden Bedeutung für die europäische Wirtschaft und die Entwicklung der politischen Beziehungen zwischen den assoziierten Staaten ausgewählt wurden. Das Ziel besteht im Wesentlichen darin, ausgehend von der Kohle- und Stahlindustrie die Mittel und Bedingungen für die Verbesserung des Lebensstandards der Arbeitnehmer und die Expansion der Wirtschaft zu entwickeln.

Im Unterschied zu den Kartellen wird die Montanunion sich darum bemühen, gerade den reinen Wettbewerb durchzusetzen. Dazu sind allerdings Zwischentappen notwendig, ohne die dieser Wettbewerb auf unüberwindbare Hindernisse stoßen würde.

Neue Perspektiven

Das Werk, das jetzt beginnt, wird nur dann gelingen, wenn die Mitgliedstaaten akzeptieren, einen Teil ihrer Souveränität einem supranationalen Organismus zu übertragen. Diese Übertragung hat auf politischer Ebene in Straßburg nicht funktioniert, wo der Europarat auf der Stelle tritt. Sicherlich wird dies auf wirtschaftlicher Ebene leichter zu bewerkstelligen sein. In dieser Hinsicht eröffnet der Schuman-Monnet-Plan völlig neue Perspektiven und erscheint als beispiellose Initiative in der Weltgeschichte.

Wird das empirische Großbritannien, das allen Ideen misstraut, wenn sie nicht durch die Erfahrung bewiesen wurden, den Platz einnehmen, der ihm für diese langwierige Aufgabe freigehalten wird; eine Aufgabe, die die europäische Wirtschaft bis 1952, dem schicksalhaften Jahr, in dem der Marshallplan auslaufen wird, auf eine neue Grundlage stellen soll?

Das kürzlich erschienene Manifest der Labour-Partei ist geprägt von der Selbstisolierung der britischen Inseln und dem Misstrauen gegenüber der europäischen Einheit und könnte Pessimisten dazu verleiten, diese Frage entschieden zu verneinen. Die britische Regierung wird aber wie die europäischen Regierungen von einer öffentlichen Meinung getragen, die sich von der französischen Idee hat verleiten lassen, und teilt deshalb nicht völlig die Ansichten der Labour-Partei.

Der beste Beweis dafür, dass man in Downing Street eine klarere und umfassendere Vision der Dinge hat als in Transport House, dem Hauptquartier der Labour-Partei, findet sich in einer Rede, die Clement Attlee kürzlich vor dem Unterhaus gehalten hat. Dort erklärte der britische Premierminister mit Hinweis auf die letzte Atlantikkonferenz in London: „Wir treten nun in eine entscheidende Phase der Organisation der atlantischen Gemeinschaft ein. Das wird durch ein effizienteres Zusammenlegen der Ressourcen der Mitgliedsländer und die bisher nie dagewesene Abtretung der Handlungsfreiheit eines jeden Landes geschehen. Die Regierung Seiner Majestät wird die erste sein, die diesen Weg einschlägt.“

Wenn diese Worte einen Sinn haben, darf man hoffen, dass sich die Haltung der britischen Regierung aufgrund der sehr genauen Angaben ändern wird, die früher oder später aus den in wenigen Stunden in Paris beginnenden technischen Gesprächen hervorgehen werden.

Roger Massip